

DIE PAKETENHILFE AUS DEUTSCHLAND

Die Rußlanddeutschen haben im Russland große Sorgen um die Wiedergewinnung und Erhaltung ihrer ethnischen Traditionen. Wie bei allen Planungen für die Zukunft richten sie ihre Hoffnungen vor allem auf Hilfen aus Deutschland. Die deutsche Bundesregierung versucht, den Deutschen, die bleiben wollen, auf mannigfache Weise behilflich zu sein bei der Suche nach realisierbaren Zukunftsperspektiven als nationale Minderheit. Das Bundesministerium des Innern, vor allem der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, und das Auswärtige Amt fördern mit Millionenbeträgen den muttersprachlichen Deutschunterricht in Kindergärten und Schulen durch Entsendung von Erzieherinnen, Deutschlehrern und Sprachberatern sowie durch Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln. Den deutschen Kulturzentren wird bei der Gründung, Einrichtung und laufenden Unterhaltung wirkungsvolle Hilfe zuteil. Die Rußlanddeutschen nehmen diese Unterstützung gern entgegen und sind dankbar dafür. Ob dadurch aber die Aussiedlerzahlen auf Dauer zurückgehen, wird auch von der weiteren politischen und ökonomischen Entwicklung im Russland abhängen.

Leonid Reisich,

*Vorsitzender der Orenburger regionalen
gesellschaftlichen Organisation der Deutschen „Wiedergeburt“*



*Vorsitzender der Orenburger regionalen gesellschaftlichen Organisation der Deutschen „Wiedergeburt“
Leonid Reisich überreicht die Paketenhilfe aus Deutschland*



Die Vorbereitung der Pakete



Die Sorge um alle Mitglieder der Gesellschaft "Wiedergeburt"



Es gibt die Hauptaufgabe der deutschen Gesellschaft "Wiedergeburt" - allen Mitgliedern zu helfen!

Das Auswärtige Amt und das Bundesinnenministerium der BRD haben sich schon frühzeitig über eine Arbeitsteilung verständigt, die sich gut bewährt hat: Maßnahmen der traditionellen Kulturpolitik und im Bildungsbereich führt das Auswärtige Amt auch für die deutschen Minderheiten durch. Maßnahmen im gemeinschaftsfördernden, sozialen, landwirtschafts- und wirtschaftsbezogenen Bereich betreut das Bundesinnenministerium. Daneben leisten andere Ressorts Hilfen für den Aufbau in den GUS-Staaten, die zwar nicht speziell auf die Deutschen gerichtet sind, ihnen aber indirekt dennoch zugutekommen.



Nachdem sich jahrzehntelang die Hilfe aus Deutschland für die Rußlanddeutschen auf Päckchen und Pakete und auf die Unterstützung von Aussiedlungswünschen für vergleichsweise wenige beschränken musste, änderte sich dies mit der Öffnung der Grenzen und dem politischen Wandel in Osteuropa. Die Regierung des Deutschlands hat seitdem jede Gelegenheit genutzt, die Lage der Deutschen in den GUS-Staaten zu verbessern. Grundlage dieser Politik sind die europäischen Vereinbarungen zum Schutz nationaler Minderheiten sowie bilaterale Verträge und Abkommen. Darüber hinaus versucht die Bundesregierung, mit einem Bündel gezielter Hilfsmaßnahmen zur Festigung der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Situation der deutschen Minderheiten beizutragen. Alle Maßnahmen werden mit den jeweiligen Regierungen in gemeinsamen Kommissionen abgesprochen. Auch die Vertreter der deutschen Minderheiten sind Mitglieder dieser Kommissionen. Soweit es irgend geht, sollen die Maßnahmen ja auch mit ihrer Unterstützung vor Ort durchgeführt werden, als Hilfe zur Selbsthilfe.

IMPRESSUM

ZEITUNG "ORENBURGER ALLGEMEINE". Reg. Nr. E-0145 „Mitglied im IMH-Netzwerk deutschsprachiger Auslandsmedien (www.deutschsprachig.de)“

Chefredakteur: Andrej Tichomirow. Redaktion: Leonid Reisich.

E-Mail: orenburgerallgemeine@narod.ru Website: <http://gazetavseti.narod.ru/orenburgerallgemeine.htm>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Textnachdruck nur gegen Copyright-Vermerk: Zeitung "Orenburger Allgemeine".

Bei der Deutschen Nationalbibliothek: <http://d-nb.info/1058396579>